



POSITION

Rassismus und rechter Terror in Deutschland – Kein Platz für Faschist*innen!

Der 19. Februar 2020 war ein abscheulicher Tag. Gegen 22 Uhr gab ein rechtsradikaler Attentäter mehrere Schüsse auf der Straße, in einem Kiosk sowie vor und in Shishabars der Hanauer Innenstadt und im Hanauer Stadtteil Kesselstadt ab. Nach aktuellem Stand der Ermittlungen sind rassistische Motive ein Hauptbeweggrund des Täters gewesen und die Tat als solche daher als "rechter Terror" einzustufen.

Rechter Terror nimmt spürbar zu. Die Ziele sind dabei vielfältig: People of Colour, Jüd*innen, Muslim*innen, Aktivist*innen aber auch Politiker*innen bürgerlicher Parteien und Repräsentant*innen der demokratischen Gesellschaft. Die Tat ist ein Beispiel dafür, dass in Deutschland die Gefahr für die freie Gesellschaft und für unsere Demokratie weiterhin und nach Meinung des Verfassungsschutzes vor allem von rechts ausgeht. Während der Regierungspräsident von Kassel erschossen wurde, weil er sich für einen humanen Umgang mit Menschen mit Fluchterfahrung einsetzt, beabsichtigte ein Rechtsextremist in die Synagoge im Paulusviertel (Halle) einzudringen, um dort versammelte Personen zu töten. Dabei erschoss dieser vor der Synagoge eine Passantin und wenig später den Gast eines Imbisses. Datum und Ziel der Tat sowie seine antisemitischen Motive hatte er zuvor im Internet bekannt gegeben. Diese Vorfälle ereigneten sich gerade einmal innerhalb eines Jahres.

Die Bundesregierung geht offiziell von 94 Todesopfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990 aus. Im Rückbezug auf Zahlen von unabhängigen Organisationen (Amadeu Antonio Stiftung, Die Zeit) kann festgehalten werden, dass die aktuelle Regierung die Zahlen, auch auf Grund zu enger Kriterien, verharmlost. Es ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft und deren Akteur*innen, ein friedliches Zusammenleben in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu verteidigen. Entsprechende Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gehören daher gestärkt. Wir, die Jugendwerke der AWO, treten rassistischem Gedankengut und rechtem Terror entschieden entgegen. Wir kämpfen für eine freie, solidarische, gerechte, emanzipierte und gewaltfreie Gesellschaft.

Daraus folgt für uns:

1. Die Arbeit und die Struktur von Polizei und Verfassungsschutz müssen kritisch hinterfragt werden. Die Aufstellung und Ausstattung der Behörden muss dahingehend geprüft werden, ob die von rechts ausgehenden Gefahren effektiv erkannt und bekämpft werden können. Den Ergebnissen entsprechend gehört der *Verfassungsschutz umfassend restrukturiert!*
2. *Förderprogramme zur Stärkung demokratischer Strukturen und des solidarischen*

Zusammenlebens (bspw. „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „EXIT-Deutschland“, Ehrenamtsprogramme, Migrationsprojekte u. v. m.) müssen weiterausgebaut werden! Bewährte Projekte sollten dauerhaft gefördert werden, statt – wie bisher – nur Modellprojekte für einen begrenzten Zeitraum zu sein.

3. Wir fordern, eine lückenlose Aufklärung aller rassistischen Gewalttaten und verlangen von der Bundesregierung die Überarbeitung der offiziellen Zahlen. In Zukunft sollte eine Zusammenarbeit mit unabhängigen Organisationen intensiviert werden, um den Angehörigen Gewissheit über die Hintergründe der rassistischen Gewaltverbrechen geben zu können.

*4. Betroffene, Zeug*innen und Angehörige dürfen nicht allein gelassen werden! Solidarität mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist Ausdruck von Zivilcourage. Diese von uns erstrebte Solidarität müssen wir stets einfordern und auch selbst aktiv dafür eintreten.*

KINDGERECHTE FASSUNG

Durch Menschenhass und Terror sterben viele Menschen. Weil manche Menschen andere hassen, die in ihren Augen anders sind. Oft klärt die Polizei aber diese Morde nicht genug auf und erkennt nicht an, dass diese ein Problem sind. Deshalb fordern wir:

- Behörden, wie die Polizei, müssen verändert werden.
- Menschen, die sich dafür einsetzen, dass wir gut miteinander leben, sollen dabei unterstützt werden.
- Wir müssen den Angehörigen und Opfern solcher Morde beistehen und ihnen helfen.